Reinhold Gärtner

nap
new academic press

Anton Pelinka: That's Politics

Gedanken zur Zweiten Republik

nap new academic press

Bildnachweis:
S. 12 – PD 19550515_PD0189 (RM) Staatsvertrag 1955
S. 15 – PD 20061005_PD2139 (RM) Leopold Figl
S 23 – PD 19660419_PD0020 (RM) Regierung Klaus I
S 55 – PD 19940101_PD8037 (RM) EU Beitritt
S 77 – PD 20040419_PD4700 (RM) Hainburg
S 85 – PD 19940624_PD0022 (RM) Mock Vranitzky
S 117 – PD 20170829_PD0867 (RM) Karl Renner
S 118 – PD 19590510_PD0008 (RM) Julius Raab
S 123 – PD 19860101_PD2526 (RM) Angelobung Waldheim
S 124 – PD 20060913_PD1317 (RM) Sinowatz – Vranitzky
S 136 – PD 20080708_PD1536 (RM) Klaus Kreisky TV
S 153 – Kurt Langbein
S 157 – PD 20050920_PD3409 (RM) Simon Wiesenthal
PD: APA – Austria Presseagentur, Picture Desk

Cover: Reinhold Gärtner und Anton Pelinka – privat

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.de abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages oder der Autoren/Autorinnen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2019 by new academic press, Wien, Hamburg
www.newacademicpress.at

ISBN: 978-3-7003-2107-1

Coverfoto: © Verein f. intern. Politik
Gestaltung: Peter Sachartschenko
Druck: CPI buch bücher.de

Reinhold Gärtner

Anton Pelinka: That's Politics. Gedanken zur Zweiten Republik

nap new academic press

Inhalt

Vorwort 7

Vorwort Anton Pelinka 9

Entscheidende Momente 11

Die österreichische Konsensdemokratie 21

Die politischen Parteien 28

Parlament und Parlamentarismus 68

Die österreichische Sozialpartnerschaft 73

Österreich und Europa 81

Medien 97

Justiz 106

Föderalismus 111

Zentrale Persönlichkeiten 116

Die Rolle der Bundespräsidenten 131

Die Rolle der Bundeskanzler 135

Österreich und der Nationalsozialismus 138

Antisemitismus 155

Österreichischer time lag 161

Der Wandel der politischen Kultur 165

Inszenierungen 168

Ausblick 171

Personen 186

Vorwort

Die Politikwissenschaft wurde in Österreich mit einer gewissen Zeitverzögerung universitär verankert. 1968 entstand in Wien eine „Professur für Philosophie der Politik- und Ideologiekritik", seit 1971 gab es Politikwissenschaft als kombinationspflichtige Studienrichtung; 1971 wurde der erste Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg besetzt.

Einige Jahre später, Mitte der 1970er Jahre, entstand das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und der erste Lehrstuhlinhaber – und langjährige Institutsvorstand – war Anton Pelinka.

1985 kreuzten sich unsere Wege. Ich kam ans Institut und konnte hier meine Dissertation, später meine Habilitation schreiben und bin seither am Institut tätig.

Anton Pelinka war mir bereits vorher bekannt – als einer jener Wissenschaftler, die in einzigartiger Art und Weise im Stande waren (und sind), Politikwissenschaft nicht nur im Elfenbeinturm zu betreiben, sondern Politik ganz wesentlich auch innerhalb und außerhalb der Universität zu beobachten und zu analysieren. Und diese Fähigkeit zeichnet Anton Pelinka nach wie vor aus. Seine Analysen sind immer treffend und prägnant, und obwohl sie sich dadurch auszeichnen, dass sie von einer notwendigen Distanz und parteipolitischen Unabhängigkeit geprägt sind, wurde er zu Unrecht wiederholt in die Nähe politischer Parteien gerückt.

Pelinkas lebenslanges Eintreten für Demokratie, für Grund- und Menschenrechte passte nicht so recht in ein schematisches Denken, das zwar ein *entweder – oder*, nicht aber ein *sowohl – als auch* kannte.

Die Analysefähigkeit Pelinkas gründet auf einem enormen Wissensschatz. Ihm ist nicht nur die österreichische Politik vertraut, ihm sind auch die Vergleiche wichtig und diese Vergleiche machen es erst möglich, die österreichische Politik nicht nur mit Scheuklappen zu sehen, sondern immer in einen größeren Kontext zu setzen und damit zu verstehen. Gastprofessuren an der Jawaharlal-University in Neu Delhi, an der University of New Orleans, der Stanford University in Kalifornien, der Harvard University in Cambridge/Massachusetts, an der University of Michigan in Ann Arbor, an der Unversité Libre de Bruxelles, an der Hebrew University in Jerusalem sind nur einige der Wissenschaftsstationen

außerhalb Österreichs, die letzte Professur führte ihn an die Central European University in Budapest (2006–2018).

Dieser umfassende wissenschaftliche Fundus von Anton Pelinka fand Niederschlag in zahllosen Publikationen. Das vorliegende Buch sollte deshalb nicht ein Auszug aus dieser Unmenge an Werken sein, sondern eine Aufzeichnung seiner Gedanken zu einem kleinen Teil seiner wissenschaftlichen Forschung – zur Zweiten Republik.

Als ich im Sommer 2017 Anton Pelinka die Idee zu dieser Publikation vorschlug, kam postwendend seine Zustimmung. Es sollten Gespräche zur Zweiten Republik werden, nicht im Sinne eines chronologischen, zeitgeschichtlich vollständigen Abrisses, sondern als Art Gedankensplitter, als Festhalten von einigen, sehr subjektiv ausgewählten aber doch wesentlichen Aspekten dieser mittlerweile mehr als 70 Jahre österreichischer Politik. Die (stundenlangen) Gespräche haben wir dann im Frühjahr 2018 geführt, meine Rolle dabei war jene des Fragestellers, Antons Rolle jene des Spezialisten, der auf diese Fragen ausführlich einging und seine Antworten dazu präsentierte. Die Auswahl der Themenbereiche ist dabei genauso subjektiv wie die Antworten. Das ändert aber nichts an der Fundiertheit und analytischen Präzision, die der Blick durch die wissenschaftliche Brille von Anton Pelinka offenlegt.

Da das gesprochene und das geschriebene Wort unterschiedliche Textsorten sind, wurden die Transkripte von mir bearbeitet und in Buchform gebracht. Mit Ergänzungen wurde relativ sparsam umgegangen, einige Fakten bzw. Daten sind in Fußnoten genauer präzisiert bzw. erklärt. Zudem rundet eine Zeittafel die Publikation ab, da wir davon ausgegangen sind, dass viele Daten zwar für manche oft noch in Erinnerung, für andere aber ohne Erklärungen nicht mehr so leicht einordenbar sind.

Bei Anton Pelinka möchte ich mich herzlich bedanken: Zum einen für seine Bereitschaft, diese Gespräche zu führen; zum anderen an dieser Stelle aber auch für die mittlerweile jahrzehntelange Unterstützung, die er mir in meiner beruflichen Laufbahn immer wieder gegeben hat. Ohne Anton Pelinka wäre meine politikwissenschaftliche Tätigkeit in dieser Art und Weise nicht möglich gewesen.

Innsbruck, Oktober 2018

Vorwort Anton Pelinka

Dieses Buch ist das Ergebnis einer sehr, sehr langen freundschaftlichen Zusammenarbeit – zwischen Reinhold Gärtner und mir: am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, im Rahmen des Universitätslehrganges Politische Bildung, in der Gesellschaft für Politische Aufklärung. Reinhold und ich sahen (und sehen) gemeinsam die Verpflichtung, politisches Wissen zu vermitteln, das sich auf wissenschaftlich gewonnene Beobachtungen, Beschreibungen und Analysen stützen kann. In diesem Sinn waren und sind wir Moralisten – bestimmt von einem Gefühl der Verpflichtung, Einsichten in politische Zusammenhänge weiterzugeben. In diesem Sinn waren und sind wir auch Optimisten, beeinflusst von der Überzeugung, dass politikwissenschaftliche Lehre und politische Bildung ein Stück Politik sind, wie es Max Weber definiert hat: das hartnäckige Bohren dicker Bretter, mit Augenmaß und Leidenschaft; und beeinflusst von der Überzeugung, dass die Vermittlung von Wissen Wirkung zeigt.

Das Buch ist das Buch Reinhold Gärtners. Er hatte die Idee, unsere Gespräche in Buchform festzuhalten. Ich habe diese Idee gerne aufgegriffen, weil diese Veröffentlichung die Fortsetzung meiner über Jahrzehnte praktizierten Lebensaufgabe ist: Politik zu vermitteln – nicht als „staatsbürgerliche Pflicht", sondern als eine Erfahrung in und mit einer spannenden Umwelt.

Das Buch, seine Art und sein Inhalt, haben viel mit Reinhold Gärtners und meiner Tätigkeit am Institut für Politikwissenschaft zu tun. Es ist Ausdruck eines kooperativen Klimas, eines wechselseitigen Wohlwollens – auch und gerade im Interesse der Studierenden, der Lesenden. Und das Buch drückt auch ein bestimmtes Verständnis von Politikwissenschaft aus: Diese verkündet keine letzten Wahrheiten – sie stellt Erkenntnisse zur Diskussion, die im wissenschaftlich gestützten Diskurs sich weiterentwickeln können, sich weiterentwickeln sollen.

Innsbruck, im Oktober 2018

Entscheidende Momente

Es gibt im Verlauf der Zweiten Republik eine Reihe von markanten Daten: 1945 die Gründung der Republik; 1955 der Staatsvertrag von Wien, damit verbunden der Abzug der Alliierten und das Neutralitätsgesetz; 1966 die erste Alleinregierung; 1986 die Waldheim-Debatte und die Thematisierung der Mitverantwortung bzw. Mittäterschaft am Nationalsozialismus und an den NS-Verbrechen oder 1995 der EU-Beitritt.

Natürlich steht am Anfang der 27. April 1945, gleichsam als *das* Schlüsselereignis. Ein Ereignis, bei dem einige wenige Politiker, die alle tief in der Vergangenheit verwurzelt sind – allen voran Karl Renner – erkennen, dass sich ein Fenster geöffnet hat. Sie erkennen, dass dieses Fenster von den Alliierten aufgemacht worden ist und dass jetzt nur eines Sinn macht und zwar die Kooperation mit den Alliierten. Es war für diese Akteure ganz wichtig so zu tun, als wären sie selbst Teil dieser Allianz der Vereinten Nationen. Nicht dass es ohne die Unabhängigkeitserklärung und die wenige Tage davor schon begonnenen Initiativen des Karl Renner nicht auch so gekommen wäre, das wissen wir nicht. Aber die Alliierten haben damit einen Partner gehabt um das, was sie in der Moskauer Deklaration[1] als Ziel verkündet haben, auch umsetzen zu können. Das war ganz wichtig, dieses Geschick primär des Karl Renner, der ein begnadeter Opportunist war. Dann war 1947 die Entscheidung, gegen den erkennbaren Widerstand der Sowjetunion am Marshall-Plan teilzunehmen, um den Preis des Ausscheidens der KPÖ aus der Dreierkoalition.[2] Damit wurde ein Signal gesetzt – im Zweifel sind wir westlich, orientieren wir uns nach Westen. Und natürlich mit nachweisbar sehr positiven ökonomischen Effekten für Österreich.

Wenn wir an den Anfang zurückgehen, in die Nachkriegszeit, so war diese erste Phase nicht nur durch besondere ökonomische Probleme bestimmt, die mit dem etwas missverständlichen Titel „Wiederaufbau" beschrieben werden, sondern auch mit der Besonderheit, dass es 10 Jahre lang – von 1945–1955 – in Österreich eine Doppelautorität gegeben hat. Nämlich eine, entsprechend der

1 Ende Oktober/Anfang November 1943 trafen in Moskau die Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR zusammen. In der Moskauer Deklaration wurde Österreich als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression, gleichzeitig aber auch als Mittäter und damit als mitverantwortlich an den NS-Verbrechen bezeichnet. Als Ziel definierten die Außenminister die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich.

2 In der ersten Bundesregierung waren von 1945–1947 ÖVP, SPÖ und KPÖ vertreten.

Bundesverfassung von 1920 etablierte, österreichische demokratische Ordnung mit Nationalrat, Bundespräsident, Bundesregierung und Gerichtsbarkeit und gleichzeitig die Autorität der Alliierten[3]. Konkret war es eine Doppelautorität, die dadurch gemildert war, dass die Alliierten sich in entscheidenden Fragen nicht einig waren, sodass Österreich de facto eigentlich weitgehend souverän war, obwohl die volle Souveränität auf dem Papier noch nicht gegeben war. Die Bedeutung der Alliierten ist mehr darin zu sehen, dass sie Österreich gegeneinander beeinflusst haben im Sinne von „die einen fördern, die anderen verändern", wie z.B. die Förderung des VdU[4] durch die amerikanische Besatzungsmacht, aber ebenso die Behandlung, der Versuch der Veränderung von prominenten Nationalsozialisten durch die Besatzungsmächte, etwa das US-amerikanische Lager Glasenbach in Salzburg oder jenes der Briten in Wolfsberg in Kärnten. Die Alliierten haben zwar Einfluss genommen, aber sie haben insgesamt eigentlich den österreichischen Verfassungsorganen weitgehenden Spielraum gelassen.

Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages im Belvedere (Wien) am 15. Mai 1955.

Das ändert sich 1955. 1955 gibt es wieder ein window of opportunity: Wer weiß, wie lange das Fenster offen ist. Wir wissen jetzt, dass eineinhalb Jahre später,

3 Oberstes Gremium der Alliierten in dieser Zeit war der Alliierte Rat, der zunächst allen vom Parlament beschlossenen Gesetzen einstimmig zustimmen musste, ab 1946 ein einstimmiges Veto einlegen konnte.

4 VdU: Verband der Unabhängigen, von 1949–1956 im Nationalrat als WdU (Wahlverband der Unabhängigen) vertretene Vorläuferpartei der FPÖ.

nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands, das Fenster wahrscheinlich wieder zu gewesen wäre. Diese Gelegenheiten wahrzunehmen und zu sagen, o.k. wir begrenzen unseren außenpolitischen Spielraum, wir zahlen den politischen Preis für den Abzug der Befreier/Besatzungsmächte, indem wir uns für immerwährend neutral erklären, wir erreichen durch geschickte Diplomatie, dass die USA, die zunächst sehr misstrauisch war, dem durch den Hinweis auf das Schweizer Vorbild zustimmen. Die USA unter Eisenhower und Dulles. Finnland war diesbezüglich als Vorbild immer schlecht,[5] die Schweiz immer gut: Neutralität nur nicht nach finnischem Vorbild, sondern nach Schweizer Vorbild, damit waren auch die USA dafür. Also geschickte Diplomatie, aber ein Schlüsselereignis im Sinne von Ergreifen einer Chance.

Es kommt zum Staatsvertrag und zur Neutralitätserklärung, die ja im politischen, aber nicht im rechtlichen Konnex zum Staatsvertrag steht. Von da weg ist Österreich ein Normalstaat, im Inneren mit einer westlich liberal-demokratischen Ordnung wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern. Nach außen hin wegen der Neutralität in einer Art Zwischenlage, durchaus ähnlich jener in Finnland oder in der Schweiz, und das ändert sich dann langsam durch den Beitritt – oder besser gesagt infolge des Beitritts – zur EFTA 1960 und 1973 mit dem Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In weiterer Folge kommt es dann zu einer schrittweisen Annäherung an die schon durch ökonomische Verflechtungen gegebene starke Bindung an Westeuropa, d.h. die Europäischen Gemeinschaften.

Dann gibt es die Auseinandersetzung mit dem, was man lange Zeit nicht so sehen wollte, mit der eigenen nationalsozialistischen Verstrickung im Sinne von österreichisch, und hier ist zunächst die oft unterschätzte Affäre Wiesenthal-Peter[6] zu sehen und dann die Diskussion rund um Waldheim, wobei auffällt, dass diejenigen, die in den 1980ern bei Waldheim sehr streng waren, in den 1970er Jahren bei Wiesenthal-Peter nicht sehr streng waren. Und in diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass es von Anfang an eine parteipolitische Instrumentali-

5 Die Neutralität Finnlands wurde als starke Abhängigkeit von der UdSSR wahrgenommen. Mit dem Begriff Finnlandisierung bezeichnet man – teilweise nicht ganz zutreffend – eine Neutralitätspolitik, die sich durch deutliche Nähe bzw. Abhängigkeit zu einem anderen Staat definiert.

6 Simon Wiesenthal hatte im Jahr 1970 die NS-Vergangenheit von vier Ministern des Kabinetts Kreisky I aufgezeigt und wenige Jahre später die NS-Vergangenheit Friedrich Peters und die Verbrechen der SS-Brigade Peters. Infolge dessen kam es zu massiven Anschuldigungen von Kreisky in Richtung Wiesenthal. 1975 musste sich Kreisky dafür im Nationalrat rechtfertigen und betonte, dass er Wiesenthal niemals als Nazikollaborateur bezeichnet habe; Ende der 1980er Jahre wurde Kreisky wegen der falschen Behauptung, Wiesenthal sei ein Nazikollaborateur gewesen, zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt.

sierung gegeben hat. Bei der Frage „Wie gehen wir mit dem Nationalsozialismus um?“ zeigt sich die Integration früherer Nationalsozialisten in die ÖVP bzw. in die SPÖ; diese Integration zeigt sich aber auch bei der Nutzung von ad hoc-Koalitionen mit der Freiheitlichen Partei: 1957 gab es bei der Präsidentschaftswahl mit Wolfgang Denk einen gemeinsamen Kandidaten von ÖVP und Freiheitlicher Partei[7]. Das zeigte sich auch im Zuge der Habsburg-Affäre 1963[8], als die SPÖ – immerhin als Koalitionspartner der ÖVP – eine parlamentarische Übereinkunft mit der FPÖ gegen die ÖVP findet und es erste Überlegungen einer möglichen Koalition mit der Freiheitlichen Partei gegeben hat, die sich dann innerhalb der SPÖ nicht durchgesetzt haben. Alles das zeigt schon – nachvollziehbar verständlich, aber nicht unbedingt positiv zu bewerten – die Neigung, das Thema Nationalsozialismus sehr stark der parteipolitischen Opportunität unterzuordnen.

Und nicht zuletzt war dieses Thema auch außenbestimmt, wie auch schon 1955 das annus mirabilis eine Folge der teilweise Neuorientierung sowjetischer Außenpolitik und nicht unbedingt die phantastische Leistung von Julius Raab war. Es kommt dazu, dass die österreichische Regierung das dann geschickt gemacht hat. Aber entscheidend waren die weltpolitischen Rahmendaten. Das zieht sich hier durch: 1945 wird Österreich unabhängig, nicht aufgrund einer besonderen Selbstleistung, sondern aufgrund einer politischen Festlegung der Siegermächte, Österreich als befreit zu definieren. 1955 erreicht Österreich die Unabhängigkeit durch die neue Flexibilität der poststalinistischen Sowjetunion und dann ab 1985[9], ganz deutlich ab 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende der sowjetischen Vetomacht gegenüber einer österreichischen Westorientierung. In weiterer Konsequenz steuert Österreich – übrigens gemeinsam mit den anderen Neutralen (wobei die Schweiz dann ausschert), mit Schweden und Finnland und zunächst noch Norwegen – in Richtung auf eine EG-Mitgliedschaft. Seither ist Österreich weitgehend – mit Ausnahme der noch immer verfassungsrechtlich vorhandenen Neutralitätsverpflichtung – eine westeuropäische Normaldemokratie.

7 Wolfgang Denk (48,9%) unterlag bei der Bundespräsidentschaftswahl am 05. Mai 1957 Adolf Schärf (51,1%).

8 Am 04. Juli fand im Nationalrat ein Entschließungsantrag von SPÖ und FPÖ Zustimmung, in dem die Rückkehr Otto Habsburgs als unerwünscht bezeichnet wurde, da dies dem Ansehen Österreichs schade. https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2006/PK0743/index.shtml

9 Im März 1985 wird Michail Gorbatschow neuer Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU.

15.5.1955, Schloß Belvedere, Wien, der österreichische Außenminister Leopold Figl nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags

Zweimal, 1945 und 1955, sprach Leopold Figl die berühmt gewordenen Worte „Österreich ist frei".

Erstens einmal ist beides verständlich. Schon in der Unabhängigkeitserklärung 1945, die für die ÖVP noch Leopold Kunschak unterschrieben hat, noch nicht Leopold Figl, ist klar, dass Österreich seine Unabhängigkeit als Befreiung definiert und dem wurde auch Ausdruck gegeben. Das Bundeswappen wurde dann mit gesprengten Ketten versehen, wobei vermutlich die wenigstens Leute wissen, warum es gesprengte Ketten gibt: Damit ist weder das Ende der Monarchie, noch das Ende der Besatzungszeit, noch das Ende der NS-Herrschaft gemeint, sondern die Wiedererringung der Unabhängigkeit und der Wiederaufbau des Staatswesens. Das ist irgendwie vergessen worden, wurde nie besonders betont oder in den letzten Jahren jedenfalls nicht.[10]

10 Gesetz vom 1. Mai 1945 über Wappen, Farben, Siegel und Embleme der Republik Österreich, Art. 1: „Die Republik Österreich führt das mit Gesetz vom 8. Mai 1919, St.G.Bl Nr. 257 eingeführte Staatswappen, das die Zusammenarbeit der wichtigsten werktätigen Schichten: der Arbeiterschaft durch das Symbol des Hammers, der Bauernschaft durch das Symbol der Sichel und des Bürgertums durch das Symbol der den Adlerkopf schmückenden Stadtmauerkrone, versinnbildlicht, wieder ein. Dieses Wappen wird zur Erinnerung an die Wiedererringung der Unabhängigkeit Österreichs und den Wiederaufbau des Staatswesens 1945 dadurch ergänzt, daß eine gesprengte Eisenkette die beiden Fänge des Adlers umschließt." Staatsgesetzblatt 2; 1. Mai 1945. Der ehemalige Team-Stronach und damalige ÖVP Abgeordnete Marcus Franz forderte Ende 2015 die Beseitigung der seiner Meinung nach kommunistischen Symbole Hammer und Sichel

Das Zweite ist natürlich, Österreich war frei, aber da gibt es die formelle, korrekte Definition für *frei aber nicht souverän*. 1955 wird Österreich im völkerrechtlichen Sinn wieder voll souverän und das kann man auch mit dem zweiten „Österreich ist frei" bezeichnen. D.h. beide Male hat Figl eigentlich etwas ausgesprochen, das scheinbar, anscheinend ein Gegensatz ist. Dennoch ist es eigentlich die Betonung von zwei einander nicht widersprechenden Seiten einer komplexen historischen Wahrheit. 1945 ist Österreich existent geworden, wurde sofort eine Demokratie, im November 1945 gab es freie Wahlen (noch vor Frankreich zum Beispiel).[11]

Und es ist eine funktionierende liberale Demokratie, aber eingeschränkt durch diese eigenartige Doppelautorität mit dem Alliierten Rat, der sich in wichtigen Fragen häufig nicht einigen konnte, was Österreich den denkmöglich größten Spielraum gegeben hat. Nicht zu vergessen sind dabei die verschiedenen Übergriffe der Besatzungsmächte, insbesondere auch von sowjetischer Seite, Verhaftungen usw., z.B. der Fall Ottilinger. Insofern ist beides richtig, aber wenn man so will, halbrichtig.[12]

Im Jahr 1966 geht die 20 jährige Zeit der Großen Koalition zu Ende – Österreich bekommt erstmals eine Alleinregierung. Dieses Ereignis kann in gewisser Weise als Zufall bezeichnet werden, denn wenn die ÖVP 1966 nicht die absolute Mehrheit an Mandaten bekommen hätte, hätte es nicht die Alleinregierung Klaus gegeben, sondern vermutlich nach sechs oder acht Monaten komplexer Verhandlungen eine Fortsetzung der Großen Koalition. D.h., es war ein Zufallsfaktor, nach dem damaligen Wahlrecht hat die ÖVP mit einer relativen Mehrheit von 48,3% an Stimmen die absolute Mehrheit von 85 Mandaten bekommen, aber es war schon eine Zäsur. Denn es hat Befürchtungen gegeben, dass diese Nachkriegsordnung, diese sich doch als stabil erweisende Demokratie, die immerhin 1966 schon länger gehalten hat als die ganze Erste Republik, zusammenbrechen würde, wenn es nicht mehr die Große Koalition gibt. In dieser Hinsicht sind die Ära Klaus (Bundeskanzler von 1964–1970) und die Ära Kreisky (Bundeskanzler

vom Bundesadler und sorgte damit über die Grenzen Österreichs hinaus für Gelächter.

11 Bei dieser Wahl erreichte die ÖVP 49,8% und 85 Mandate, die SPÖ 44,6% und 76 Mandate und die KPÖ 5,4% und 4 Mandate (bis 1971 saßen im Nationalrat 165 Abgeordnete, seither sind es 183)

12 Margarethe Ottilinger, damals Sektionsleiterin im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, wurde im November 1948 an der Zonengrenze zwischen OÖ und NÖ von den Sowjets verhaftet – die *Presse* schreibt 2016 von „Kidnapping" –, wegen angeblicher Spionage für die USA zu 25 Jahren Haft verurteilt und blieb bis 1955 in der UdSSR inhaftiert.

von 1970–1983) eigentlich eine Bestätigung des Erfolges der Zweiten Republik. Die Zweite Republik brauchte keine Große Koalition mehr, um einfach existieren zu können. Insofern war es eine Art durch Zufall entstandene Reifeprüfung der österreichischen Demokratie und die ist nach 4 Jahren ÖVP-Alleinregierung und 13 Jahren SPÖ-Alleinregierung eigentlich sehr gut bestanden worden.

1966 war ein Schlüsselereignis – das Ende der Großen Koalition und 1970 der Wechsel von einer Einparteienregierung zu einer anderen Einparteienregierung. Beides Ereignisse, die weniger wichtig als singuläre Ereignisse sind, aber sozusagen als Erfahrung für den Erfolg der Stabilisierung der Zweiten Republik gesehen werden können. An sich sehr wichtige Regierungswechsel. In einem Gespräch meinte Ernst Florian Winter, der damals Direktor der Diplomatischen Akademie war, erster Direktor übrigens, eingesetzt vom damaligen Außenminister Bruno Kreisky: „Das kommt zu früh, das Ende der Großen Koalition, das ist noch zu früh." Zum Glück hat er nicht Recht behalten. Also diese beiden Normalisierungsereignisse zeigen, dass Österreich jetzt als normale Demokratie gesehen werden kann. Wenn die Große Koalition endet, bricht nicht wieder der Bürgerkrieg von 1934 aus.

Ein weiteres wesentliches Ereignis in der Zweiten Republik war der EU-Beitritt. Beginnend schon in den 1980er Jahren mit den Weichenstellungen in Richtung EU-Beitritt, dann die Volksabstimmung 1994 und der Beitritt am 01.01.1995. Das ist der zweite – zweite oder dritte – große Erfolg der Großen Koalition. Die Große Koalition hat ihre großen Erfolge erreicht, sich gleichzeitig dann immer mehr selbst überflüssig gemacht. Auch das ist ein Erfolg.

Seit dem EU-Beitritt sind so zentrale Momente eher nicht sichtbar. Man könnte vielmehr im Sinne des angeblich chinesischen Sprichwortes sagen: „Die Weisen mögen uns vor großen Ereignissen schützen". Dass z.B. die Allianz Schüssel-Haider nicht zu einem Großereignis wurde. Dass damals ein Bruch vermieden wurde oder dass es nicht dazu gekommen ist, dass es ein Bruch wird. Das Vermeiden von Schlüsselereignissen, obwohl die Versuchung schon da war. Oder zumindest die Neigung wäre da gewesen, es als Großereignis zu sehen und was blieb davon? Jetzt kommt es wieder, wieder die Annahme und wir sehen, was sich alles geändert hat, also hier ist es hochinteressant, dass Arik Brauer auf Strache zugeht, seinen jüdischen Hut aufhält. Und Strache ist wahnsinnig glücklich, dass der Brauer auf ihn zukommt. Das ist doch was. Ob deswegen die FPÖ zu den Befreiungsfeiern nach Mauthausen eingeladen werden soll, ist eine andere Geschichte. Das ist Sache der Lagergemeinschaft, d.h., jene die grundsätzlich die Interessen der Überlebenden vertreten und die sollen das entscheiden. Das ist deren Entscheidung, da soll man nicht klüger sein wollen

als die Überlebenden. Es gibt gute Gründe für das Nichteinladen nach Mauthausen und gute Gründe, dass Arik Brauer auf Strache zugegangen ist. Aber die Brauer-Geste, die ist sehr wichtig.

Das eben erwähnte Jahr 2000 wurde immer wieder als eine Art Zäsur angesprochen. Erstmals kommt es zu einer ÖVP-FPÖ-Koalition, die FPÖ ist allerdings nicht zum ersten Mal in einer Regierung.

Dennoch ist dieses Datum weniger als Zäsur zu nennen, ganz abgesehen davon, dass ja im Jänner 2007 diese Regierung aufgrund des Wahlergebnisses der Nationalratswahl 2006 einer anderen Regierung Platz macht. Das ist auch ein Beleg dafür, dass die Stabilität der Republik das eigentlich ganz gut überstanden hat.

Die FPÖ wurde bereits 1983 von der SPÖ als Koalitionspartner in die Regierung geholt. Das war gewissermaßen die Vollendung der Friedrich Peter-Strategie, nämlich die FPÖ salonfähig zu machen und die Vollendung der Bruno Kreisky-Strategie, die ÖVP solange wie möglich draußen zu halten. Es kommt zu dieser Erfüllung der beiden Strategien, wobei interessanterweise weder Kreisky noch Peter Mitglieder der SPÖ-FPÖ Regierung sind. Aber das war sozusagen der Masterplan Peter-Kreisky, basierend auf der Zielvorstellung, dass die FPÖ eine österreichische FDP werden will, liberal, könnte man sagen, um damit vergessen zu machen, dass sie, anders als die FDP, anders als andere liberale Parteien von Großbritannien und der Schweiz auf und abwärts, eine Partei früherer Nazis war, die von früheren Nazis für frühere Nazis gegründet wurde; dass der erste Obmann, Anton Reinthaller, ein SS-General war (mit dieser Tatsache, dass der erste Obmann der FPÖ ein SS-General und Staatssekretär der Reichsregierung Adolf Hitler war, kann man noch immer in Westeuropa einiges Erstaunen erregen). Das wollte Friedrich Peter vergessen machen, er war der Nachfolger des SS-Generals, er war ein anderer SS-Mann, einer, der – anders als Reinthaller – auch an der Front, wie er das sagt „seine Pflicht getan hat". Friedrich Peter wollte Normalität herstellen durch Mainstreaming der FPÖ und hat das Ziel durch die Koalitionsbildung erreicht. Er hat aber nicht erreicht, dass diese Ambivalenz aufbricht, dieser Gegensatz zwischen „wir sind eigentlich brav, wir sind sowieso eigentlich wie die FDP, wie andere der Liberalen Internationale, was wollt ihr uns denn vorwerfen" und den Grassroots der FPÖ, die gar kein Interesse an dieser Art von Liberalität gehabt haben. Und das spürt die FPÖ heute wieder.

Das war das Ende dieser ersten Kleinen Koalition übrigens auch. Diese Koalition war von Norbert Steger, der sich als der Vollender des Friedrich Peter-Bruno Kreisky-Plans gesehen hat, längerfristig angedacht gewesen. Aber die FPÖ war (und ist) verfangen in den Widersprüchen zwischen der elitären Mainstreamstra-

tegie und den Grassroots. Viele wollen nach wie vor die vagen Ideale, die etwa in der Zeitschrift AULA und in den Burschenschaften verkündet werden, umsetzen. Und daran ist die erste Regierung mit FPÖ-Beteiligung zerbrochen, durch den sogenannten Innsbrucker „Putsch", für den diese Bezeichnung Putsch aber nicht passt: Das war kein Putsch, das war ein Parteitag und da hat der Vorsitzende verloren. That's democracy. Und das war eine Partei, die um die 5% gehabt hat. Im Jahr 2000 ist es dann eine Partei, die mit mehr als einem Viertel, konkret mit 26,91% zum ersten Mal die stimmenmäßig zweitstärkste Partei wird und umgehend wieder in der Regierung Platz nimmt. Nun wird sie von einer Gruppe und insbesondere von einer Person geführt, die kein Interesse mehr an Salonfähigkeit hat, die vielmehr auf Provokation aus ist. In dem Sinn ist die FPÖ von einer sich sozusagen nach außen hin liberal gebenden postnazistischen Partei zu einer rechtspopulistischen Partei geworden. Generationenwechsel, damit hat sie gewaltige Stimmengewinne erzielt und damit ist sie in die Regierung gekommen, insofern eine teilweise andere FPÖ, aber auch wiederum mit den Widersprüchen, die dann ja auch bald zum Knittelfelder Ereignis[13] geführt haben, zur Spaltung der FPÖ, zum späteren – rückblickend kurzfristigen – BZÖ-Phänomen.

Alles das zeigt die Widersprüchlichkeit jener FPÖ, die dem Friedrich Peter-Norbert Steger-Kurs folgte. Damals war die Frage, wer der FPÖ mehr Legitimität verschaffen könnte als Bruno Kreisky. Und die Antwort war „niemand", daher Bruno Kreisky. Es kam mit Haider 1986 eine FPÖ, die sagte, eigentlich egal, wir wollen Stimmen maximieren und die FPÖ war damit erfolgreich. In dieser Hinsicht ist 2000 anders als 1983, weil die FPÖ sozusagen nicht in irgendeiner Form dankbar sein musste, zum Tisch der Koalition eingeladen zu werden, sondern eigentlich die Bedingungen diktieren konnte. D.h., der Wandel war in der FPÖ, der Wandel war in der Gesellschaft, denn es hatte nicht 25 Prozent nazistisch infizierte Österreicher und Österreicherinnen gegeben, sondern viele von denen, die die FPÖ im Jahre 1999 zur zweitstärksten Partei gemacht haben, waren eigentlich ziemlich desinteressiert an der Vergangenheit, am Nationalsozialismus. Das war bei diesen mehr als 25% eher eine Stimmung des „denen oben zeigen wir's einmal", also eine klassische rechtspopulistische Agenda. Eigentlich eine rechtspopulistisch gewandelte und nicht primär postnazistische, aber nach wie vor sehr widersprüchliche Partei.

Der Großteil der FPÖ-Klientel hat diese NS-Nähe also mehr oder weniger

13 Im September 2002 fand ein von Jörg Haider organisiertes FPÖ-Delegiertentreffen in Knittelfeld statt. Folge dessen war der Rücktritt von FPÖ-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und die Ansetzung von Neuwahlen.

stillschweigend in Kauf genommen. Das war schon in der Haider-Phase so und ist auch in der jetzigen Phase feststellbar. Die Spitzen der heutigen FPÖ wollen ja nicht gerne daran erinnert werden an diese Haider-Phase, weil sie später auch eine Opposition gegen Haider bildeten. Wenn wir davon ausgehen, dass die FPÖ-Wählerschaft – und dafür gibt es ja auch genaue Daten, verlässige Exit-Polls usw. –, überproportional aus nicht höher gebildeten Österreicherinnen und Österreichern besteht; aus Menschen, die die FPÖ nicht nazistisch wahrnehmen und wahrscheinlich auch irritiert sind, wenn ab und zu etwas Einschlägiges ausbricht, bleibt als Tatsache, dass dieses Einschlägige sie aber nicht wirklich stört. Denen ist es egal, denen ist es nicht so wichtig. 1938, 1945 ist denen nicht so wichtig, das ist auch eine neue Generation, das sind schon die Enkel der Nazis, nicht mehr die Söhne und Töchter. Das ist ihnen ziemlich wurscht, könnte man sagen. So z.B. die Affäre Landbauer[14]: diese Affäre störte zwar die Bündnisfähigkeit der FPÖ, aber die Wählerschaft war dadurch nicht irritiert. Das ist ein „Unfall" gewesen, den die gegenwärtige FPÖ-Führung sicherlich nicht haben wollte. Insofern ist die Aussage eines Strache durchaus ernst gemeint, dass das störe. Es stört nicht die WählerInnen, aber es stört die Bündnisfähigkeit der FPÖ gegenüber den Partnern, die man braucht, um regieren zu können.

Den Wählern und Wählerinnen ist vermutlich auch der Herr Landbauer egal. Die wählen die FPÖ nicht wegen Landbauer, auch nicht trotz Landbauer, sondern die wissen wahrscheinlich gar nicht, wer der Herr Landbauer ist, außer sie lesen dann davon, wenn etwas groß hochkocht. Umgehend vergessen sie es wieder. Das Liederbuch war ein minimaler Faktor für das Wahlergebnis, aber es geht um internationale Reputation, es geht dann um innere Konflikte in den beiden anderen Parteien und dass Johanna Mikl-Leitner so entschlossen und entschieden reagiert hat, das kann man auch von der innerparteilichen Frontschiene in der ÖVP her interpretieren[15].

14 Im Zuge das Wahlkampfs zur niederösterreichischen Landtagswahl 2018 wurde bekannt, dass in einem Liederbuch der Burschenschaft Germania, deren Mitglied und stellvertretender Vorsitzende der FPÖ-Spitzenkandidat Udo Landbauer war, NS-verherrlichende und antisemitische Passagen abgedruckt waren.

15 Landeshauptfrau Mikl-Leitner hatte deutlich betont, dass sie Landbauer nicht in einer künftigen niederösterreichischen Landesregierung akzeptieren werde.

Die österreichische Konsensdemokratie

Am Ende der Ersten Republik steht die Diktatur des Ständestaates, die Konfrontation der politischen Lager, letztendlich der Anschluss 1938 an das nationalsozialistische Deutsche Reich.

Am Anfang der Zweiten Republik steht die Konsensdemokratie.

Zunächst einmal kann man hier mit dem Begriff *Lernen* anfangen. Gelernt haben 1945 die politischen Eliten. Nach sieben schrecklichen Jahren, diese sieben Jahre zwischen März 1938 und April 1945 waren die schrecklichsten Jahre, die man sich vorstellen kann. Und zwar nicht nur für die Millionen Ermordeten oder für die politischen Opfer, die vielleicht in Mauthausen gerade noch überlebt haben, sondern auch für jene, die als Wehrmachtssoldaten z.B. in Stalingrad und dann in sowjetischer Kriegsgefangenschaft waren. Oder für jene, die Bombenopfer waren. Es waren sieben schreckliche Jahre. Und diese sieben schrecklichen Jahre haben dazu geführt, dass man von diesen in der Ersten Republik vorhandenen messianischen Entweder-Oder-Frontstellungen, entweder wir setzen uns durch oder es ist alles vorbei, wegging. Die politischen Eliten, z.B. Karl Renner oder Leopold Figl und Julius Raab, haben gelernt, dass das Überlebensinteresse der jeweils anderen Seite respektiert werden muss. Sie waren sich bewusst, dass sie nichts davon haben konnten, wenn sie die Vitalinteressen der anderen Seite verletzten. Und so kommt es logischerweise zu einer Großen Koalition, die, trotz der absoluten Mehrheit der ÖVP 1945, 21 Jahre lang hält und es kommt zur Sozialpartnerschaft. Das war noch nicht ein lernender gesellschaftlicher, die Zivilgesellschaft erfassender Prozess, denn die Eliten, die sozusagen konsensorientiert gemeinsam regiert haben, die Sozialpartnerschaft aufgebaut haben, haben ja in Wahlkämpfen immer noch so getan, als wären sie bittere Feinde. Wenn wir uns etwa an das technisch faszinierende Wahlplakat der ÖVP von 1949 erinnern: „Kauf nicht die Katz‘ im Sack“ steht überlebensgroß vor dem Messegebäude in Wien. Abgebildet ist ein Sack, aus dem eine hellrote Katze herauskommt, auf der wiederum SPÖ steht. Und dieser folgt eine tiefrote, darauf steht KPÖ und die Aussage war „Kauf nicht die Katze im Sack“, gemeint ist die SPÖ als Vorbote der kommunistischen Partei – deshalb sollte man ÖVP wählen. Aber gleichzeitig hat natürlich Bundeskanzler Leopold Figl mit Vizekanzler Adolf Schärf ununterbrochen Kompromisse gemacht und war auch willig, weiterhin Kompromisse zu machen. Aber zur Mobilisierung der Kernwählerschaft hat man noch die alten Feindbilder gebraucht, die man in der politischen Praxis auf dem elitären Level von Regierung und Sozialpartner-

schaft längst hinter sich gelassen hat. Das ist eine Ambivalenz, die verständlich ist, die aber auch gewisse Gefahren beinhaltete.

Dieser von den politischen Eliten her logische Konsens geht über die Große Koalition hinaus.

Dabei ist erstens einmal auch der Generationenwandel mit zu denken. Die Zweite Republik hält mittlerweile mehr als dreimal, bald viermal solange als die Erste Republik. D.h., es hat einen massiven Generationenwandel gegeben und es wird zwar noch relativ viele junge Leute geben, denen das Datum 12. Februar 1934[16] etwas sagt, aber den meisten sagt es gar nichts mehr. Sie haben es zum Teil in der Schule gelernt, vielleicht bald wieder vergessen, aber die durch Ereignisse wie den Bürgerkrieg hervorgerufenen Traumata zwischen den beiden staatsgründenden Parteien ÖVP und SPÖ können nicht mehr mobilisieren. Da kann man wirklich sagen – und da ist ausnahmsweise Rudolf Burger zuzustimmen – das sind tatsächlich vergangene Ereignisse wie die Punischen Kriege oder der Dreißigjährige Krieg. Das ist sehr interessant für jene, die sich spezialisieren wollen, aber Emotionen gibt es dabei nicht mehr wirklich.

Vor allem in der Sozialdemokratie wurde das durch den 12. Februar 1934 begründete Grundtrauma lange weitertradiert. Die sieben Jahre Nationalsozialismus waren dann so viel schrecklicher als alles, was man sich bei ÖVP und SPÖ gegenseitig vorwerfen konnte. Das alles wird allein schon durch den Generationenwandel relativiert. Trotzdem ist der Grundkonsens weiter da, auch wenn der Begriff Konsensdemokratie nicht mehr jener von der Zeit unmittelbar nach 1945 war, nämlich primär die ganz konkrete Machtteilung. Konkrete Machtteilung bedeutete, wir verstaatlichen, aber die VOEST gehört der SPÖ, die Alpine-Montan gehört der ÖVP, die CA gehört der ÖVP, die Länderbank gehört der SPÖ: das ist vorbei. Und trotzdem kann man behaupten, dass die demokratische Republik Österreich nicht in Existenzgefahr ist. D.h., die Konsensdemokratie in diesem mechanischen Sinn der Machtteilung, die ungeheuer wichtig war für die Zeit nach 1945 (obwohl dann immer der Begriff Proporz so negativ besetzt wurde) ist retrospektiv eindeutig positiv zu beurteilen.

Dann kam eine self elimination by success: Im Lauf der Zeit war dieser Konsens offenbar nicht mehr notwendig, die Zweite Republik brauchte ihn nicht mehr. Auch im Zusammenhang mit Globalisierung und Privatisierung – die CA gibt es nicht mehr, die VOEST ist längst privat, das braucht es nicht mehr. Die Demokratie in Österreich lebt mit all ihren Fehlern und Schwächen, die britische

16 Unmittelbare Folgen des Bürgerkriegs von 1934 waren die Zerschlagung und das anschließende Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Demokratie hat Fehler und Schwächen genauso die Schweizer Demokratie oder die amerikanische: so what? Wir brauchen nicht mehr etwas ausverhandeln, wenn ihr das kriegt, dann kriegen wir das. Die Parteien haben auch nicht mehr die Macht dazu. Wenn man nach 50 Jahren sagen könnte, ich gehe jetzt zu meinem Parteifreund, der in der Personalabteilung der CA sitzt und sagt, Du ich brauche für meinen Sohn einen Job, wäre das unsinnig. Abgesehen davon gibt es die CA nicht mehr. Die Bank Austria wird sagen, das wird in Mailand entschieden, das ist vorbei. Deshalb – und das ist eben self eliminiation by success – braucht es nicht mehr die 1945 unbedingt notwendige Konsensdemokratie im Sinne des Aushandelns von konkreten Machtteilungsmechanismen.

Bundesregierung Klaus II am 19. April 1966 (ÖVP-Alleinregierung)

Die Konsensdemokratie hat sich aber nicht plötzlich überlebt bzw. überflüssig gemacht. In gewisser Weise hat die Zeit der Reifeprüfung 1966 begonnen. Damals wurde deutlich, dass die großkoalitionäre Zusammenarbeit nicht mehr unbedingt notwendig war. Wobei es ganz interessant ist, dass es den Begriff der Sozialpartnerschaft als Fortsetzung der Großen Koalition mit anderen Mitteln gab, das steht in den Memoiren bei Klaus, der sich regelmäßig mit Anton Benya getroffen hat. Er hat gesagt, o.k., die Sozialisten sind in der Opposition, wir regieren. Im Parlament stehen Opposition und Regierung einander gegenüber, aber für die Hintergrundgespräche, für das Abtasten, was der anderen Seite zumutbar ist und was nicht, habe ich den regelmäßigen Kontakt mit Anton Benya, dem ÖGB-Präsidenten. Und Ähnliches hat auch Kreisky nach 1970 erfahren, da

hat er etwa zur Industriellenvereinigung einen sehr guten Draht gehabt. Die ÖVP war als Opposition im Parlament Gegner bei parlamentarischen Konflikten, also wenn man so will auf Konfliktkurs, aber im Hintergrund war der Draht da. Weniger zur ÖVP und mehr zu den Arbeitgeberverbänden. Genauso wie Klaus den Kontakt zum ÖGB behalten und vertieft hat.

Die drei klassischen politischen Lager sind nicht plötzlich verschwunden, sie sind langsam abgebröckelt. Es gibt da einige Indikatoren, einige gesellschaftliche Entwicklungen, z.B. die Kirchgangsfrequenz. Das ist insofern ein sehr interessanter Indikator, weil doch das, was Paul Zulehner den Milieukatholizismus nennt, weitgehend deckungsgleich war mit dem katholisch-konservativen Lager. Wenn man den Milieukatholizismus empirisch misst – etwa an der Gottesdienstbesuchsfrequenz an Sonntagen – so würde das die ÖVP nicht einmal zur 10-Prozent-Partei machen. Der gesellschaftliche Wandel ist da. Die tieferen Verwurzelungen der Lagerbildung haben sich nicht vollständig, aber weitgehend aufgelöst, sie sind erodiert. Stichwort: Bindung an die katholische Kirche im Sinne des aktiven bekennenden Verhaltens. Wir haben beim sozialistischen Lager eine annähernd ähnliche Entwicklung, z.B. bei der Statistik der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Organisation der Gewerkschaften geht zurück, d.h., es gibt in der Gesellschaft weniger Einsicht, man muss irgendwie dazugehören. Oder weniger Sozialisierung, dass man von Anfang an dazugehört zu einem Milieu, zu einem Lager und damit auch zu einer Partei. Es nehmen auch die Wechselwähler zu, die Stammwähler nehmen ab, alles das ist eine gesellschaftliche Erosion. Die Parteien müssen entsprechend folgen. Daher sind auch oft genug Positionen der Parteien austauschbar. Je nachdem, ob man in Opposition oder Regierung ist, auch das ist Teil einer normalen Demokratie liberalen Zuschnitts.

Ein Beispiel für Flexibilität oder Austauschbarkeit politisch-ideologischer Positionen ist die Frage der allgemeinen Wehrpflicht bzw. eines Berufsheeres.

Plötzlich, im Herbst 2010, sagt der damalige Wiener Bürgermeister Michael Häupl, unsere Position – d.h. die der SPÖ – ist Berufsheer. Das war bis dahin undenkbar. Bis dahin hatte die SPÖ gesagt, im Februar 1934 hat ein Berufsheer auf uns geschossen. Die Wehrpflicht ist jedenfalls, wie der damalige Verteidigungsminister noch kurz zuvor betont hatte, „in Stein gemeißelt". Das wird plötzlich völlig uninteressant und aus taktischen Gründen forciert die SPÖ schon mit dem Hinweis auf einen in anderen europäischen Ländern vollzogenen Wandel ein Berufsheer. Ungefähr zu dieser Zeit haben Länder wie Frankreich und Schweden auch die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben. Auch Frankreich, das klassische Land der allgemeinen Wehrpflicht. Also hat Österreich da versucht, bei europäischen Trends mitzumachen. Aber die SPÖ setzt sich drauf. Daher ist die ÖVP,

die der Einführung eines Berufsheeres durchaus etwas abgewinnen konnte, dagegen. Aus dem einfachen Grund, weil sie der SPÖ den Erfolg nicht gönnt und das ist auch Normalität des parteipolitischen Wettbewerbs. Hier Grundsätze suchen zu wollen oder weltanschauliche Konsistenz wäre natürlich völlig verfehlt.

Die weltanschauliche Positionierung hat sich nicht nur massiv geändert, sie ist erodiert, zerbröckelt, wenngleich noch nicht völlig weg. Es gibt nach wie vor und immer noch jene Personen der älteren Generation in der Sozialdemokratie, die jedes Jahr an den 12. Februar 1934 als dramatischen Tag erinnern. Und es gibt noch immer CVer, die jährlich daran denken, auch wenn Sebastian Kurz kein CVer ist, weil wichtiger ist, dass er die Roten besiegt hat. Also es gibt natürlich Restbestände der politischen Lager, das hat nicht einfach aufgehört. Die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager ist aber nicht mehr dominant, sie überschattet nicht mehr alles.

Dass die Konsensdemokratie der Zweiten Republik auch zu einer partiellen Amnesie gegenüber der Zeit der Diktatur des Ständestaates geführt hat, hatten SPÖ und ÖVP forciert. Charles A. Gulick's[17] „Austrias. From Habsburg to Hitler" war von Anfang an ein Buch, das in der SPÖ sicherlich als Beleg dafür geführt wurde, dass der Sozialdemokratie am 12. Februar massiv Unrecht geschehen ist. Das war schon ein SPÖ-Thema. Das ÖVP-Thema war der Mord an Engelbert Dollfuß, mit dem dann gleichsam alles gerechtfertigt wurde. Wobei der Begriff „Austrofaschismus" durchaus zu hinterfragen ist. „Austrofaschismus" ist sehr stark als Bekenntnis, als Indikator für politische Zuordnung genommen worden: In dem Sinne „Meinst Du, dass das Dollfuß-Schuschnigg-Regime austrofaschistisch war, ja oder nein?" und je nach Antwort wurden die Personen der einen oder der anderen politischen Richtung zugeordnet.

Das ist deshalb zu ungenau, weil der Faschismusbegriff so unscharf ist. Es sollte reichen, wenn es einen Konsens gibt und den gibt es jedenfalls bei denen, die sich ernsthaft mit der Zeit beschäftigt haben: das Dollfuß-Schuschnigg-Regime war eine Diktatur. Eine Diktatur, die darauf beruht hat, dass die Demokratie der Ersten Republik ausgeschalten wurde. Ob man das jetzt faschistisch nennt oder nicht ist irgendwo so wie bei Hermann Hesse das Glasperlenspiel. Da kann man endlos diskutieren.

Die gemeinsame Aufarbeitung dieser Zeit ist dann zunächst einmal eher ausgeblendet worden.

Gehen wir zum Beginn der Ära Kreisky: Kreisky, der ja mit so vielen Bällen gespielt hat, war ein faszinierender intellektueller Unterhaltungskünstler. Z.B. hat

17 Charles A. Gulick, 1896–1984 war u.a. Professor an der Berkeley University

er die Idee gehabt, jetzt regieren wir allein und ich tue alles, um die ÖVP fernzuhalten, aber ich werde mit der ÖVP – und damals sollte gerade von der Politische Akademie eine Kommission zur Aufarbeitung der Diktatur des Ständestaates eingesetzt werden – gemeinsam die Geschichte der Ersten Republik und ihr Scheitern aufarbeiten. Da war Jedlicka dabei, neben ihm Rudolf Neck und von der SPÖ war das Stadler. Bis dahin pflegte jedes Lager seine eigene Geschichtsinterpretation und kümmerte sich außer durch Polemik nicht so sehr darum, was die Anderen sagten. Das dritte Lager blieb dabei weitgehend ausgeblendet.

Aber die beiden anderen haben sozusagen ihre Lagergeschichte geschrieben, immer in der Wahrnehmung, das ist unsere Geschichte. Die lassen wir uns nicht wegnehmen. Das beginnt dann in der Ära Kreisky aufzuweichen.

Beim Dritten Lager wäre es auch schwierig gewesen, die anderen beiden haben noch die eigene Rolle irgendwie legitimieren können. Das wäre beim Dritten Lager nicht möglich gewesen.

Es gibt hier zwar Franz Dinghofer, der neben Karl Seitz und Jodok Fink (bzw. kurz später Johann Hauser) einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung 1918–1919 war. Dinghofer war ein Deutschnationaler und er wird gelegentlich gepflegt, weil der anders als die meisten anderen der Großdeutschen Volkspartei nicht in die NSDAP eingetreten ist. Aber da muss man schon sehr suchen um einen zu finden. Und dann war eine Zeitlang Johann Schober. Steger betonte die Rolle Schobers – der ja im Dunstkreis der großdeutschen Volkspartei war und rechtzeitig gestorben ist, daher nicht in Versuchung war, der NSDAP beizutreten – und wollte damit herausstellen, dass das dritte Lager auch jemanden hat.

Auch die ÖVP tut sich schwer mit diesem Reinwaschen der Vergangenheit, da sie mit Leopold Kunschak einen Gründervater hatte, der auch nach 1945 ein ungenierter Antisemit war. Kunschak war diesbezüglich nicht lernfähig. Kunschak war immer schon ein Konsenspolitiker, kein Dollfuß-Anhänger und auch kein Seipel-Anhänger. Aber nun waren Konsens und Antisemitismus durchaus vereinbar. Auch die ÖVP tut sich also schwer.

Daneben hat die SPÖ da ebenso ihre Probleme. Beide aber, ÖVP und SPÖ tun sich leichter als die Deutschnationalen. Was auch immer man gegenüber Renner oder Seipel sagen kann, Nazis waren sie nicht. Trotz der Versuchbarkeit Seipels, antidemokratischen Tendenzen zu folgen, und trotz dieses bei Renner gleichsam genetischen Opportunismus, der dann auch im Jahre 1938 zu einigen nicht leicht zu rechtfertigenden Handlungen geführt hat.

Das war allerdings beim Dritten Lager, später bei der FPÖ einfach nicht möglich, denn mit ganz wenigen Ausnahmen waren alle Nationalsozialisten und

schon die Gründer des VdU waren fast durchwegs minderbelastete Nationalsozialisten. 1949 bei der Gründung des VdU durften die Schwerbelasteten noch gar nicht wählen. Also fast nur – nicht alle – minderbelastete Nationalsozialisten, dann 1955 mit der Gründung der FPÖ kamen Schwerbelastete. Wie der SS-General Anton Reinthaller.

Als WählerInnen waren die Minderbelasteten praktisch dreigeteilt – ein Drittel wählte ÖVP, ein anderes SPÖ und das dritte VdU. Wir können davon ausgehen, dass es nach jenen Daten, die 1945 vorhanden waren, gut 600.000 NSDAP-Mitglieder in Österreich gegeben hat. Wenn wir weiters davon ausgehen, dass die große Mehrheit, zumindest 90 Prozent der Minderbelasteten, 1949 wählen durften, war das für die anderen bereits existierenden Parteien ein großer Anreiz in den Wettlauf einzutreten und bei der ÖVP war die Taktik ganz klar: wir sind eine bürgerliche Partei, was immer das heißt, und der VdU nimmt der SPÖ Stimmen weg. Bei der SPÖ gab es genau aus dem gleichen Grund Unterstützung für die VdU-Gründung – der VdU nimmt der ÖVP Stimmen weg. Aber faktisch können wir sagen, dass ein gutes Drittel, vielleicht auch etwas mehr, den VdU gewählt hat und jeweils ein knappes Drittel ÖVP und SPÖ. Einige wenige übrigens auch KPÖ.

Die KPÖ war insgesamt eine interessante Partei für die österreichische politische Kultur. Die KPÖ war eine Partei, die lange Zeit mehr Mitglieder als Wähler gehabt hat. D.h., viele haben offensichtlich gedacht, die Zukunft gehört ohnehin der Sowjetunion, da lasse ich mich einschreiben.